

Peer Schmidt, Die Privatisierung des Besitzes der Toten Hand in Spanien. Die Säkularisation unter König Karl IV. in Andalusien (1798–1808), Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 356 S., kart., 96 DM.

Die Hamburger Dissertation greift ein Thema auf, dessen vielfältige Aspekte in den letzten Jahren intensiv untersucht worden sind: Es geht um die Desamortisationspolitik in Spanien, allerdings nicht um die viel bekanntere des 19. Jahrhunderts, sondern um die zur Zeit Karls IV. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf den Besitzumschichtungen in der ökonomisch bedeutenden andalusischen Provinz »Reino de Sevilla« (das die heutigen Provinzen Sevilla, Cádiz und Huelva umfaßte). Der Autor geht den Fragen nach, zu welchen Bedingungen die veräußerten Güter ihre Besitzer wechselten, welche der kirchlichen Korporationen besonders von der Maßnahme betroffen wurden, wie die soziale Zusammensetzung der Käuferschichten aussah, welche Arten von Immobilien veräußert wurden, ob bei der Erörterung der Desamortisationsfolgen eine Beschränkung auf den Agrarbereich gerechtfertigt ist und ob die Säkularisation nur die bestehenden Verhältnisse stabilisierte. Die Arbeit reiht sich damit in den größeren Zusammenhang der Erforschung der Ursachen für die spanische »Rückständigkeit« im 19. Jahrhundert, der weitgehend ausgebliebenen Industrialisierung und Modernisierung ein. Die zentrale Quellenbasis der Studie bilden – bei einer insgesamt sehr schwierigen Quellenlage – die Notariatsurkunden, deren Ergebnisse in einem ausführlichen Anhang dargelegt werden.

Die Untersuchung weist drei Hauptkapitel auf: Im ersten werden die bourbonische Reformpolitik und die Entwicklung der Staatsfinanzen als nationaler Bedingungsrahmen aufgezeigt; im zweiten geht es um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie um die Bedeutung des Kirchenbesitzes im »Reino de Sevilla« in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts; im dritten wird die Besitzumschichtung, vor allem die Auflösung des Kirchenbesitzes im Untersuchungsgebiet, analysiert. 1798 begann die Veräußerung der Vermögen von Bruderschaften, Frommen Stiftungen und Hospitälern, von Hospizen, Armen- und Waisenhäusern. Die Einnahmen sollten vor allem die Staatskasse speisen. Im Jahr 1800 bereits erreichten die Verkäufe von Kircheneigentum einen ersten Höhepunkt, nach 1806 stiegen sie wieder an. Damals erreichten die Realeinkommen der Krone ihr Maximum. Städtische Liegenschaften trugen zu 61 % zu den durch Desamortisation in dieser Phase erzielten Staatseinnahmen bei.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie gehört außerdem die Erkenntnis, daß die Desamortisationspolitik unter Karl IV. dazu beitrug, die Eigentumsstruktur zugunsten des Klein- und Mittelbesitzes zu verändern, der damit eine klare Stärkung erfuhr. Außerdem war die Desamortisation keineswegs auf die Umverteilung (kleiner) Landgüter beschränkt, sondern sie war vor allem mit der Veräußerung von Hausbesitz verknüpft. Bereits mit der Desamortisation unter Karl IV. setzte die Formierung einer neuen Besitzerschicht bürgerlicher Herkunft ein; der Autor spricht der bourbonischen, fiskalpolitisch motivierten (Budgetdefizit, hohe Staatsverschuldung) Reformpolitik, die er als Modernisierungspolitik interpretiert, einen »revolutionären Zug« zu, wenn auch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft nicht erfolgten und der Gegensatz zwischen Großgrundbesitzern und landlosen Agrararbeitern keine grundlegende Änderung erfuhr.

*Walther L. Bernecker, Nürnberg*

Adrian Shubert, A Social History of Modern Spain, Unwin Hyman, London etc. 1990, 292 S., hbd., 35 £.

Im Unterschied etwa zu der in Band 32 (1992) des Archivs besprochenen spanischen Sozialgeschichte von Walther Bernecker, die den sozialen Wandel vor allem entlang der politi-

schen Geschichte des Landes darstellte, entwickelt Shubert seine Beschreibung anhand diachroner Längsschnitte durch das soziale Gefüge Spaniens seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Die bestimmenden politischen Daten liefern ihm nur ein grobes Raster.

Seinen Ausgangspunkt bildet dabei die Einordnung Spaniens in den europäischen Gesamtrahmen. Er wendet sich entschieden gegen die traditionelle Auffassung, wonach sich die Entwicklung des Landes gänzlich außerhalb des europäischen mainstream seit der Französischen Revolution vollzogen habe. Gegen eine solche Einschätzung, der er eine mechanische Identifizierung von industriellem Aufschwung und demokratischer Entwicklung vorwirft, weist er zu Recht darauf hin, daß es kein einheitliches europäisches Modell, was eine bürgerliche Revolution ausmachen sollte, gab. Nicht von ungefähr zieht er Parallelen zu den Thesen, die Anfang der 1980er Jahre David Blackbourn und Geoff Eley zur deutschen Geschichte in der Ablehnung der Auffassung vom »deutschen Sonderweg« entwickelten.

In Anlehnung an zeitgenössische spanische Historiker wie Josep Fontana oder Bartolomé Clavero verweist er darauf, daß in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts das Ancien régime unwiderruflich zum Einsturz gebracht wurde. Daß sich das schwache Bürgertum vor allem Landbesitz anschaffte, änderte nichts daran, daß die feudalen Privilegien abgeschafft waren, und ein sicherlich nicht sehr demokratisches, aber Jahrzehnte überdauerndes konstitutionelles System, beruhend auf dem Besitzbürger, etabliert wurde. Um auch terminologisch eindeutig zu sein, bezeichnet er diesen Prozeß nicht als bürgerliche Revolution, sondern verwendet den mit weniger Modellen befrachteten Terminus liberale Revolution.

Entsprechend diesem Ausgangspunkt überschreibt er seine Skizzierung des 19. Jahrhunderts als das eines »Century of Dynamism«, was er anhand der Wirtschaft und der Entwicklung der Bevölkerung wie der Familienbeziehungen veranschaulicht. Daß diese Dynamik aber viele Widersprüche anhäufte, zeigen seine Hinweise z. B. auf die schädlichen Auswirkungen des Protektionismus für die katalanische Textilindustrie. Je ein weiteres Kapitel sind der Entwicklung auf dem Land und in der Stadt gewidmet, d. h. den jeweiligen Eigentümern einerseits und den Bauern bzw. den Arbeitern andererseits und ihren Beziehungen zueinander. Dem folgt ein Abschnitt, der, mit »Identities« betitelt, der für Spanien wichtigen katholischen Kirche, dem Staatsapparat und schließlich Fragen des Alltagslebens nachgeht.

Shubert will mit seinem Buch nicht zuletzt auch die Hintergründe für die beiden »säkularen« Einschnitte in der Geschichte des modernen Spanien herausarbeiten, nämlich für den Bürgerkrieg und die friedliche Ablösung der Franco-Diktatur. Auch wenn beide politische Veränderungen nicht mechanisch auf einen bestimmten sozioökonomischen Entwicklungsgrad zurückgeführt werden können, stehen sie jedoch auch mit längerfristigen strukturellen Verschiebungen im Zusammenhang, die eine eigenständige Betrachtung verlangen. Entsprechend ist den Jahren von 1939 bis 1975/82 das Schlußkapitel gewidmet, das mit der die Stagnation ausdrückenden Autarkie der ersten Franco-Jahre beginnt und mit dem Eintritt Spaniens in die »Konsumgesellschaft« endet.

Shubert stellt auch immer wieder das Problem heraus, daß Spanien kein »einheitliches« Land ist, sondern seit Beginn seiner modernen Entwicklung von tiefen nationalen Problemen zerrissen wird. Vielleicht hätte man sich das noch etwas ausführlicher gewünscht. Wenn es ihm zweifellos gelingt nachzuweisen, daß auch Spanien eine den führenden europäischen Ländern sehr ähnliche Entwicklung einschlug, womit er, wie er selbst schreibt, ein viel optimistischeres Bild zeichnet als sonst üblich (S. 264), so führt er aber auch viele der Gründe für das niedrigere Entwicklungstempo auf, das schließlich zum Zurückbleiben in vielen Bereichen führte. Shuberts Buch ist nicht nur, wie die Verlagswerbung verweist, der erste, richtiger wäre: einer der ersten Versuche zu einer sozialhistorischen Synthese, sondern der Verfasser war, worauf er in seinem Vorwort zu Recht hinweist, mit dem Problem

konfrontiert, daß viele Bereiche der spanischen Geschichte noch längst nicht so erforscht sind, wie man das von den europäischen Kernländern kennt. So ist die in manchen Teilen doch recht knappe und mitunter verkürzt wirkende Darstellung nicht ausschließlich ein Problem des Autors, sondern zeigt zugleich viele Forschungslücken auf, von denen man hoffen kann, daß sie, vielleicht auch angestoßen durch diese Arbeit, in der kommenden Zeit geschlossen werden können.

*Reiner Tosstorff, Frankfurt/Main*

Paul Preston, *The Politics of Revenge. Fascism and the Military in Twentieth-Century Spain*, Unwin Hyman, London etc. 1990, 215 S., hbd., 30 £.

Der britische Historiker Paul Preston wurde bekannt durch eine Studie über die zweite spanische Republik von 1931, in der er die Radikalisierung der Sozialisten einerseits und der katholischen Rechten andererseits gegenüberstellte. Diesen Themen ist er seitdem in einer Vielzahl von Veröffentlichungen nachgegangen. In dem nun vorliegenden Sammelband sind bereits publizierte, nun aber überarbeitete und auf den letzten Stand gebrachte Aufsätze und Vorträge über den Zusammenhang von militärischer und ziviler Rechten in Spanien in diesem Jahrhundert zusammengefaßt, wofür vor allem der Name des Bürgerkriegsiegere und Diktators Francisco Franco steht.

Seinen Ausgangspunkt setzt er mit dem Ende der Monarchie im Jahr 1931, als die neue Republik eine grundlegende Modernisierung der politischen und sozialen Strukturen des Landes ankündigte und sich dagegen aus den Überresten der monarchistischen Kräfte eine neue Rechte formierte, die zudem wesentliche Impulse von außerhalb, vom katholischen Ständestaatsdenken bis hin zum Faschismus in seinen verschiedenen Varianten, erhielt. In den beiden ersten Aufsätzen ordnet der Autor so den Frankismus in die großen historischen Zusammenhänge ein, verzichtet allerdings auf den Rückgriff auf die faschismustheoretischen Diskussionen der nach-1968er Jahre. Zum einen geht es um die »ständige« Frage, inwieweit der Frankismus ein spanischer Faschismus war. Preston weist überzeugend darauf hin, daß eine Beschränkung auf die ursprüngliche Falange (vor Bürgerkriegsausbruch) nur zu unwichtigen Aussagen führen kann und demgegenüber das eigentlich bedeutsame die Bildung einer breiten konterrevolutionären Allianz war, die dann durch die von Franco 1937 betriebene Verschmelzung in der staatlichen Einheitspartei formalisiert wurde. Zum anderen geht es um die ideologische Hegemonie, die die Frankisten durch die Manipulierung der »kollektiven Erinnerung« an den Bürgerkrieg ausübten, um auf diese Weise einen permanenten geistigen Bürgerkrieg gegen die Besiegten zu führen.

Zwei weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der Frage, wie es dem Regime trotz aller Nähe zur Achse gelang, deren Niederlage im Weltkrieg zu überleben. Es waren weniger eine geschickte Diplomatie, als neben einer guten Portion Glück auch viele Irrtümer seitens des NS-Regimes, das den Franco-Staat nicht in den Krieg einbezog. Aber Franco war auch darin erfolgreich, die verschiedenen Generalscliquen rechtzeitig um sich zu scharen oder auszuschalten. Ein weiteres Aufsatzpaar beschäftigt sich in einem Überblick über die gesamte Zeit des Franco-Regimes mit den beiden entscheidenden Säulen, auf denen es ruhte, dem Militär und der Staatspartei. Preston zeigt, wie es Franco fast mühelos glückte, sich beide Institutionen zu unterwerfen und ihnen jede Eigenständigkeit zu nehmen.

Die beiden abschließenden Aufsätze sind den vergeblichen Bemühungen gewidmet, in der Endphase des Regimes bzw. in den ersten Jahren nach dem Tod Francos eine neue radikale Rechte mit Massenbasis zu formieren, wobei das Militär bei diesen Bemühungen des »Bunkers«, wie im Politjargon die Frankisten genannt wurden, eine Schlüsselrolle spielen sollte, die es letztlich nicht übernahm. Den Abschluß bilden nützliche vier Seiten mit Hinweisen zum »further reading«.